

Düsseldorf, den 23.3.2016

**Presseerklärung zum unzureichenden Angebot an Gesamtschulplätzen, zum konsequenten Ausbau des Gymnasiums an der Schmiedestraße und zur Integration von Flüchtlingskindern an allen Schulen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen zeigen, dass der Ausbau weiterer Plätze an Gesamtschulen und Gymnasien dringend notwendig ist:

Laut Vorlage des Schulamtes zur Schulausschusssitzung vom 16.2.2016 ist „davon auszugehen, dass alle Kinder – außer an der Gesamtschule – im Schuljahr 2016/17 einen Platz an einer Schule der gewünschten Schulform erhalten werden.“ (Stadtdirektor Hintzsche in:

<http://ratsinfo.duesseldorf.de/ratsinfo/duesseldorf/65647/Vm9ybGFnZS40MC0zMS4yMDE2/14/n/260554.doc>).

„Außer an der Gesamtschule“ heißt in Zahlen, dass mindestens 160 Kinder nicht an der Gesamtschule aufgenommen werden können. Die Eltern hätten dann zwar die Möglichkeit, ihr Kind noch an einer Schule mit freien Plätzen anzumelden, aber u.a. durch ein Losverfahren!

In der Vorlage wird ferner eingeräumt, dass sich die Schülerzahl an den Grundschulen sowie bei den weiterführenden Schulen durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern zum Beginn des Schuljahres erhöhen wird. Dies führt dazu, dass auch an zahlreichen Gymnasien die Zügigkeit und Klassenfrequenzen bereits jetzt voll ausgeschöpft sind, sodass mit Beginn des kommenden Schuljahres die Integration von Flüchtlingskindern kaum mehr möglich ist.

Die GEW fordert daher mit Nachdruck einen Sofortplan zur perspektivischen Verbesserung des schulischen Angebots in folgenden Bereichen:

- Einrichtung weiterer Gesamtschulen entsprechend der Nachfrage
- Beibehaltung der Einrichtung eines Gymnasiums am Schulstandort Schmiedestraße
- Keine Erweiterung der Zügigkeit der Gymnasien gegen den Willen der jeweiligen Mitbestimmungsgremien (Schulkonferenzen u.a.)

Für eine gelingende Integration der Flüchtlingskinder ist es notwendig,

- dass nicht die Anmeldezahlen in den weiterführenden Schulen, insbesondere bei den Gymnasien, über die Aufnahme der geflüchteten Kinder entscheiden und
- die Klassenfrequenzen nicht bis zur Höchstgrenze und darüber hinaus ausgeschöpft werden.

Unsere detaillierte Stellungnahme finden Sie im Anhang.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sylvia Burkert und Klaus Kühnen  
Leitungsteam der GEW Stadtverband Düsseldorf